

Meinung | 27.03.16 | **Verfolgung**

Wir müssen die Christen besser schützen

In Aufnahmeeinrichtungen hierzulande werden manche christliche Flüchtlinge von Muslimen bedroht. Das sollte konsequenter geahndet werden. Ein Gastbeitrag von CDU/CSU-Fraktionschef Volker Kauder.

An diesem Sonntag feiern die Christen in aller Welt das Osterfest. Auch dieses Jahr werden die Gedanken vieler von uns bei unseren Glaubensschwestern und -brüdern sein, die wegen ihres Bekenntnisses in Not sind.

Auch nach den neuesten Schätzungen der Hilfsorganisation Open Doors ([Link: https://www.opendoors.de/](https://www.opendoors.de/)), die sich den weltweiten Schutz von Christen zur Aufgabe gemacht hat, werden weltweit deutlich über 100 Millionen Christen in über 50 Ländern aufgrund ihres Glaubens verfolgt und benachteiligt.

Bislang erreichten uns beunruhigende Nachrichten über Bedrängung oder Benachteiligung von Christen ausschließlich aus dem Ausland. Doch in den letzten Monaten ist dies auch bei uns zu einem Thema geworden.

Wir müssen uns mit Berichten auseinandersetzen, nach denen Christen in Flüchtlingsheimen vermehrt Opfer von Übergriffen einiger muslimischer Mitbewohner werden. Gerade die "Welt am Sonntag" hat wiederholt darüber berichtet ([Link: http://www.welt.de/146898391](http://www.welt.de/146898391)).

Zerrissene Bibeln

Es muss betont werden, dass es sich hier um eine ganz andere Dimension von Übergriffen handelt im Vergleich zu denen, wie wir sie in den vergangenen Jahren etwa in Indien oder in Pakistan erlebt haben. Aber so weit wie dort darf es natürlich in unserem Land nie kommen.

Ich habe mich in jüngster Zeit mit dem Thema näher beschäftigt und auch persönlich mit Opfern gesprochen. Der Stephanuskreis der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, der sich besonders der Religionsfreiheit annimmt, hat seinerseits versucht, sich ein Bild zu verschaffen.

Noch haben wir keinen genauen Überblick. Aber das, was bislang in Erfahrung gebracht wurde und was uns engagierte Christen wie auch der Berliner Pfarrer Martens berichtet haben, gibt in der Tat Anlass zur Sorge. Offenbar gelingt es intoleranten Muslimen in einigen Heimen durchaus, eine Atmosphäre der Angst und der Bedrohung zu schaffen.

Die Vorwürfe reichen von verbalen Einschüchterungen über zerrissene Bibeln, zerbrochene Taufkreuze bis hin zu physischer Gewalt wie zum Beispiel der Verweigerung des Gebrauchs der Toilette mit dem Hinweis auf die angebliche Unreinheit des christlichen Benutzers oder der Androhung und Austeilen von Prügel.

Besonders Konvertiten, also Menschen, die vom Islam zum Christentum übergetreten sind, müssen – so die Schilderungen – sogar damit rechnen, mit dem Tode bedroht zu werden. Dabei spielt eine Rolle, dass die Christen, aber auch Angehörige anderer Religionen wie die Jesiden, in Flüchtlingsheimen nur eine Minderheit sind.

So wurde von einem Heim, in dem sich solche Vorfälle ereignet haben sollen, berichtet, dass unter den Bewohnern nur ein Prozent Christen seien. Diejenigen, die in einem Flüchtlingsheim derart in der Minderheit sind, haben es naturgemäß schwer, sich Gehör zu verschaffen.

Gerade zu Ostern wirken diese Berichte besonders bedrückend. Ostern feiern die Christen den Tod und die Auferstehung Jesu Christi. Das höchste Fest der Christenheit gibt Hoffnung auf eine Perspektive des Lebens, die den Tod überwindet. Diese Botschaft steht allen Menschen offen.

Viele der Flüchtlinge, die zu uns kommen, haben dem Tod – unabhängig von ihrer Religion – in die Augen geschaut. Sie sind mit der berechtigten Hoffnung auf Sicherheit und Geborgenheit nach Deutschland gekommen. Für Christen gilt dies in besonderer Weise.

Freie Religionsausübung – für alle

Viele suchen bei uns Schutz, weil sie in ihren Heimatländern wegen ihres Glaubens verfolgt wurden. Ihnen muss es wie eine Ironie des Schicksals vorkommen, wenn sie in einer Flüchtlingsunterkunft den gleichen Anfeindungen ausgesetzt sind wie in ihrer Heimat.

Solche Vorgänge sind auch von unserem Staatsverständnis her unerträglich. Artikel 4 (Link: <http://dejure.org/gesetze/GG/4.html>) des Grundgesetzes gewährleistet und schützt die Freiheit des Glaubens und der Religionsausübung aller Gläubigen – egal ob Christen, Juden, Muslime oder Angehörige anderer Religionsgemeinschaften. Es ist Aufgabe des Staates, diesen Schutz auch durchzusetzen.

Dies beginnt damit, dass wir ein genaueres Lagebild erstellen. Die CDU/CSU-Bundtagsfraktion wird sich im April in einer Veranstaltung der Problematik widmen. Ich bin der Organisation Open Doors (Link: <https://www.opendoors.de/>) sehr dankbar, dass sie damit begonnen hat, die Übergriffe gegen Christen in Flüchtlingsheimen systematisch zu erfassen und zu dokumentieren.

Die Erhebung wird helfen, ein objektives Bild der Situation zu erhalten. Aber das kann nicht nur Sache einer Hilfsorganisation sein. Auch die Polizei ist gefragt. Das Bundesinnenministerium und die Länderbehörden sollten entsprechende Vorfälle gesondert registrieren. Es wird aber eine Weile dauern, ehe wir wissen, welche Größenordnung das Problem tatsächlich hat.

Schon in der Zwischenzeit muss aber etwas geschehen. Denn jeder Einzelfall ist ein Einzelfall zu viel. Das beginnt mit den Heimleitungen. Es ist schlicht Aufgabe der Betreiber, bei Schwierigkeiten dafür zu sorgen, dass alle Bewohner in Frieden miteinander leben. Übergriffe jeder Art dürfen nicht geduldet werden – egal, ob sie sexuelle oder eben religiöse Motive haben.

Hier kann die sorgfältige Auswahl des Wachpersonals eine Menge bewirken. Es sollte nicht nur fachlich qualifiziert sein, sondern möglichst gemischt zusammengesetzt werden. Wo Männer und Frauen, Christen und Muslime, Araber und Europäer gemeinsam für Ordnung sorgen, ist die Gefahr wesentlich geringer, dass einzelne Gruppen bedrängt werden.

Natürlich muss auch der Staat seine Verantwortung wahrnehmen. Deutschland ist ein Rechtsstaat. Die Behörden müssen Berichten über Übergriffe nachgehen und, wo erforderlich, konsequent einschreiten.

Der Einsatz der Ehrenamtlichen

Ich selbst habe bereits einen Brief an einen Landrat geschrieben, in dessen Kreis eine Unterkunft liegt, wo Christen in Schwierigkeiten geraten sind. Nur wenn die Verantwortlichen "Flagge zeigen" und im Zweifel auch tätig werden, können die Flüchtlinge von Anfang an Vertrauen in die staatlichen Institutionen entwickeln.

Und nicht zuletzt darf es auch uns Gläubige nicht ruhen lassen, wenn unsere Glaubensbrüder und -schwestern in derartiger Weise in Flüchtlingsunterkünften wegen ihres Glaubens bedrängt werden. Wir erleben einen großartigen Einsatz zahlreicher Ehrenamtlicher, um die große Herausforderung der Versorgung der vielen Flüchtlinge zu bewältigen.

Ich könnte mir aber auch vorstellen, dass sich Kirchengemeinden noch intensiver gerade um christliche Flüchtlinge in den Unterkünften kümmern, indem sie vor Ort Präsenz zeigen, Ansprechpartner sind und so deutlich machen, dass die Christen in Flüchtlingsheimen nicht allein sind. Dies wäre ein konkretes Zeichen christlicher Solidarität.

Misstände beim Namen nennen

Zurückhaltend bin ich hingegen bei der Forderung, Flüchtlinge nach Religionszugehörigkeit zu trennen. Die Menschen, die zu uns kommen, müssen lernen, anderen Kulturen, Überzeugungen oder auch dem anderen Geschlecht mit Respekt zu begegnen.

Dies ist unverzichtbarer Teil unserer Werteordnung. Im Übrigen könnten auch andere schutzwürdige Gruppen – wie zum Beispiel Frauen, Kinder oder Homosexuelle – mit dem

gleichen Recht eine gesonderte Unterbringung fordern. Getrennte Unterkünfte dürfen deshalb nur die Ausnahme sein, wenn es anders gar nicht geht.

Eher könnte ich mir vorstellen, Christen gezielter auf Flüchtlingsheime zu verteilen. Eine größere Gruppe hat es leichter, ihre Interessen zu wahren, als zwei oder drei Einzelpersonen. Caritas und Malteser haben darüber hinaus die Erfahrung gemacht, dass es weniger Übergriffe gibt, wenn den Religionsgemeinschaften ein Raum für ihre Religionsausübung zur Verfügung gestellt wird.

Es ist also auch auf diesem Gebiet in der nächsten Zeit einiges zu tun. Wir müssen dabei den Mut haben, Missstände beim Namen zu nennen. In Deutschland darf es keine Orte des religiösen Hasses geben. Jeder hat das Recht, seine Religion frei auszuüben. Jeder, der das tut, hat ein Recht, entsprechend geschützt zu werden. Wer andere daran hindert, muss die Härte des Rechts spüren.

© WeltN24 GmbH 2016. Alle Rechte vorbehalten

WELT AM SONNTAG 9x lesen, 3 davon gratis + 15€ Gutschein geschenkt!  **Jetzt sichern >>**